



POLITIK / KOMMENTAR

Istanbul - Dauermanipulation ...

(SB) - Wenn angesichts der Annullierung des Votums bei der Kommunalwahl in Istanbul davon die Rede ist, Recep Tayyip Erdogan habe den Rubikon überschritten, bleibt zuallererst anzumerken, daß in der Türkei schon seit Jahren keine freien Wahlen mehr stattfinden. Der Staatspräsident hat im Zuge seiner ... (S. 4)

POLITIK / SOZIALES

Mexiko Mord an Lesvy und Aidée: Demonstrantinnen fordern Gerechtigkeit

(Mexiko-Stadt, 3. Mai 2019, cimaxnoticias) - Am 3. Mai hat sich zum zweiten Mal der Tag gejëhrt, an dem die damals 22-jährige Lesvy Berlin Rivera Osorio auf dem Gelände der Nationaluniversität UNAM getötet wurde ... (S. 7)

EUROPOOL / REDAKTION

Brexit - das Ringen um Einfluß und Zukunft ...

(SB) - Im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland nimmt das politische Chaos um den geplanten Austritt aus der EU nicht ab, sondern zu. Allein mittels reiner Hartnäckigkeit hält sich Premierministerin ... (S. 8)

CO2 - Begünstigung der Reichen ...

(SB) 7. Mai 2019 - Die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer lehnt eine CO2-Steuer, wie am Beispiel einer höheren Mineralölsteuer diskutiert, im Einvernehmen mit dem Parteivorstand ab und propagiert statt dessen den Handel mit Verschmutzungsrechten, also Emissionsgutschriften und Biodiversitätszertifikaten. Angeblich würde dadurch eine bessere Lenkungswirkung für die Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen erreicht. Das Problem, daß damit kein direkter Einfluß auf die Produktion klimaschädlicher Güter genommen wird, um einkommensstarken KundInnen weiterhin zu ermöglichen, einen verbrauchsintensiven Lebensstil zu pflegen, ist ein starkes Gegenargument gegen die Einführung einer CO2-Steuer, zu dem die CDU-Vorsitzende allerdings nicht greift. Sie kritisiert auch nicht die fiskalische Bevorzugung bestimmter Sektoren wie denen des Schiff- und Flugzeugverkehrs oder die steuerliche Förderung des Autoabsatzes durch das Dienstwagenprivileg [1]. Erst recht nichts einzuwenden hat sie gegen das grundsätzliche Prinzip, die Emission von Treibhausgasen über den Preis zu regulieren, indem diese als CO2-Äquivalente kommodifi-

ziert und als abstrakte Ware fiskalisch verrechenbar wie marktwirtschaftlich handelbar gemacht werden [2].

Obwohl mit einigem Nachdruck von Deutschlandfunk-Moderator Philipp May [3] befragt, bleibt die CDU-Chefin eine konkrete Aussage dazu, warum die Einführung einer solchen Verbrauchssteuer nicht erste Wahl darstellen soll, schuldig. Besonders bemüht weicht sie der Anmerkung Mays aus, daß es doch sehr sinnvoll erscheine, wenn die CO2-Steuer zu gleichen Teilen an alle Steuerzahlenden zurückgegeben werden soll, so daß Menschen mit kleinem CO2-Fußabdruck zusätzlich Geld erhalten, während diejenigen, die viel Kohlendioxid ausstoßen, draufzahlen müssen. Dieser von PolitikerInnen, die das Erreichen der nationalen Klimaziele sozialverträglich gestalten wollen, vorgesehene Umverteilungseffekt dürfte wohl den markantesten Unterschied zwischen einem fiskalischen Lenkungseffekt oder der Vergabe und Ersteigerung von Verschmutzungsrechten durch die güterproduzierende Industrie und die Dienstleistungsunternehmen sein.

Für die von Kramp-Karrenbauer und dem CDU-Vorstand vertretene Behauptung, die Steuerungs- und Hebelwirkung sei durch Zertifikate- und Emissionshandel sehr viel besser zu erreichen als mit einer CO₂-Steuer, gibt es eigentlich nur einen Grund. So hat das größte Emissionshandelssystem der Welt, das European Union Emissions Trading System (EU ETS) seit seinem Inkrafttreten 2005 bewiesen, daß es in Hinsicht auf das zu erreichende Ziel ausgesprochen ineffizient ist. Wie auch das ebenfalls zu dieser Zeit in Kraft getretene Kyoto-Protokoll zeigt, wurde mit der Schaffung von Verschmutzungsrechten bewirkt, daß, von allen bedrohlichen Prognosen zur Entwicklung des Klimawandels unbeeinträchtigt, weiter wie bisher gemacht werden konnte. Die von den VerfechterInnen dieses Instruments geltend gemachte Behauptung, es handle sich dabei um eine Art von Marktversagen aufgrund der zu geringen Preise für die Emissionszertifikate, umschiffte die vielen strukturellen Probleme des Ansatzes, an einem Ort Grenzwerte legal überschreiten zu können, indem an einem anderen Ort tatsächliche oder fiktive CO₂-Senken erstanden werden.

Die globale Summe der Naturzerstörung anhand nationaler Entitäten und sektoraler Industrien in Einzelteile zu dividieren, um sie gegeneinander vergleichbar und handelbar zu machen, fügt sich bestens in die konkurrenzgetriebene Doktrin des neoliberalen Kapitalismus ein. Kein Wunder, daß sich Verschmutzungsrechte immer mehr als Geschäftsmodell einer Zu-

kunft entpuppen, in der viel Arbeit und Energie darauf verwendet wird, in ihrer lokalen Transparenz wie globalen Effizienz einsichtige und überschaubare Reduktionsmaßnahmen mit hochkomplexen Finanzinstrumenten zu verhindern. Dies geht nur im regulatorischen Rahmen staatlicher Aufsicht, müssen die Parameter und Berechnungsmethoden des Handelsgutes Karbon doch auf eine Weise gesellschaftlich vermittelbar sein, daß nicht von vornherein sichtbar wird, wie sehr dieses Konzept auf die Partikularinteressen der Staatsbürokratie, des Finanzwesens und der Industrie zugeschnitten ist.

Entscheidend für seine hohe Attraktivität ist die Einbettung des Emissionshandels in ein Akkumulationsregime, für das reale Verluste an natürlichen Lebensvoraussetzungen in abstrakte Wertäquivalente verwandelt werden, die an der Börse handelbar sind und neue Investitionen befeuern. Um fiktive Ereignisse wie das Nichtabholzen eines Waldes oder das unterbleibende Trockenlegen eines Moores als Gegenwert für industrielle Abgase andernorts in Wert zu setzen, bedarf es eines aufwendigen, auf vielerlei Weise manipulierbaren Evaluierungsprozesses. Hinzu kommt das Problem des Nachweises, daß die behauptete Einsparung von Treibhausgasen nicht ohnehin stattgefunden hätte, sondern tatsächlich einen zusätzlichen Gewinn an Klimaschutz darstellt. Auch die Doppeltberechnung bereits im Emissionshandel verwerteter Flächen oder Ökosystemleistungen kommt immer wieder vor. Mitunter werden Zerstörungs-

prozesse ad hoc unterstellt oder prognostiziert, um daraus geldwerten Nutzen schöpfen zu können.

So resultiert die Umwidmung von CO₂-Äquivalenten in eine Handelsware bestenfalls in einem Ausgleich, der als Netto-Null ansonsten anfallender Emissionen dargestellt wird. Wer nachfragt, wenn als Ziel der Dekarbonisierung Netto-Null - analog dazu die Netto-Null bei Biodiversitätsverlusten, die durch entsprechende Zertifikate kompensiert werden sollen - angegeben wird, stößt auf Gleichungsoperationen, denen sogar eine Zunahme an Emissionen oder Verlusten im Gesamtsystem zugrundeliegen kann. Nicht die Evaluation natürlicher Prozesse oder menschlicher Eingriffe steuert die Entwicklung, sondern von dieser wird durch die Quantifizierung qualitativer Prozesse, die über lange Zeiträume gewachsene und von vielen Lebewesen beeinflusste Verbindungen aufweisen, die sich jeder monetären Abbildung entziehen, auf finanzmathematische Weise abstrahiert. Wenn Kramp-Karrenbauer darin eine Steuer- und Hebelwirkung verortet, dann verkennt sie die umfassende Determination ihrer selbst durch gesellschaftliche Naturverhältnisse, denen wieder auf archaische Weise ausgeliefert zu sein das wahrscheinlichste Zukunftsszenario zivilisatorischer Selbstüberschätzung ist.

Wie abwegig im unterstellten Sinne eines wirksamen Klimaschutzes dieses Vorgehen ist, zeigt auch die Unterschlagung der zentralen Forderung aller KlimaaktivistInnen, die fossilen

Brennstoffe in der Erde zu lassen. Es werden keine traditionellen, über Jahrtausende im Kontakt von Mensch und Natur herausgebildete Lebens- und Wirtschaftsformen gefördert, die mit einem Minimum an Energie und Ressourcenverbrauch auskommen. Ganz im Gegenteil, Emissionshandel und Biodiversitätszertifikate fügen sich optimal in die Marktmechanismen und Aneignungsinteressen des neoliberalen Kapitalismus ein. Mit ihnen lassen sich Emissionsbegrenzungen für Industrie und Verkehr bestens überschreiten, und das auf neokolonialistische Art und Weise, indem der Globale Süden praktisch in eine Kohlenstoffsenke verwandelt wird, die die Fortsetzung des Wirtschaftswachstums im Globalen Norden legitimiert. Die am globalen Nord-Süd-Produktivitätsgefälle erzielten Fortschritte bei der technologischen Durchsetzung und sozialen Vermittlung des Metropolenkapitalismus werden vertieft, anstatt nachhaltige Wirtschaftsformen indigener und kleinbäuerlicher Art zu fördern. Diese sind zwar nicht so produktiv wie die industrielle Wirtschaftsweise des Nordens, können aber die natürlichen Lebensvoraussetzungen nachgewiesenerweise am meisten schützen [4].

Was für die Bevölkerungen des Globalen Südens seit langem bittere Realität ist, wird sich aller Voraussicht nach in den Klassenverhältnissen der postfossilen Industriegesellschaften Westeuropas und Nordamerikas adäquat abbilden. Klimaschutz wird sozialisiert, indem einkommensarme Menschen auf teurer gewordene Konsumgüter ver-

zichten müssen, so daß sie noch weniger als bisher wissen, wie sie die Kosten des täglichen Bedarfes stemmen sollen. Die Benachteiligung der einkommensärmsten Bevölkerung würde durch die vorgeschlagene fiskalische Umverteilung bestenfalls relativiert werden, weil das gesellschaftliche Gesamtprodukt mit einer marktwirtschaftlichen Dekarbonisierung nicht aufrechtzuerhalten wäre. Da eine systematisch an den Herausforderungen des Klimawandels und der Naturzerstörung ausgerichtete, durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Kollektivierung zentraler Versorgungsbereiche sozial gerecht gestaltete Postwachstumsgesellschaft wie der Teufel höchstpersönlich gefürchtet wird, strebt das herrschende Akkumulationsregime sehenden Auges in die Sackgasse einer in ihrem Niedergang nicht aufzuhaltenden Profitrate.

Die vielbeschworene Effizienzrevolution wird die Treibhausgasreduktionen, die durch weiteres Wachstum anfallen, nicht kompensieren können. Die vielzitierten Grenzen des Wachstums wurden durch die angehäuften industriellen Erblasten längst weit überschritten, so daß deren Beseitigung zum großen Problem der materiellen Versorgung aller Menschen erschwerend hinzukommt. Das Interesse der Vermögenden, sich klimapolitisch freizukaufen und das Gemeingut der atembaren Atmosphäre weiterhin als höchstpersönliche Entsorgungsdeponie zu mißbrauchen, wird die soziale Polarisierung zweifellos verschärfen. Wo die sozialökologische Revolution ausbleibt, könn-

te ein nicht mehr braun, sondern grün illuminiertes Faschismus die Antwort auf das Problem darstellen, daß der postfossilen Wachstumsgesellschaft die Mittel ausgehen, mit denen die überflüssig gemachte Bevölkerung ruhig gehalten wird. Um dem entgegenzutreten, ist unter anderem erforderlich, auf breiter Ebene sozialer Bewegungen eine Kritik der Politischen Ökonomie des Klimawandels zu entwickeln, die an die Kritik des Kapitalismus im Marxschen Sinne wie darüberhinaus anknüpft.

Anmerkungen:

[1] <https://www.unserezeit.de/de/5116/positionen/11063/Noch-eine-Steuer.htm>

[2] <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1194.html>

[3] https://www.deutschlandfunk.de/annegret-kramp-karrenbauer-es-gibt-kluegere-methoden-als.694.de.html?dram:article_id=447953

[4] Larry Lohmann: Financialization, Commodification and Carbon: The Contradictions of Neoliberal Climate Policy, Socialist Register 2012
<http://www.thecornerhouse.org.uk/sites/thecornerhouse.org.uk/files/Socialist%20Register%20Neoliberal%20Climate%20Policy%20Contradictions.pdf>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1197.html>

Istanbul - Dauermanipulation ...

Gegen die AKP bei der Wahl anzutreten ist erlaubt, aber gewinnen ist verboten. Dieses System, das den Willen des Volkes mit Füßen tritt und die Justiz ignoriert, ist weder demokratisch noch legitim. Das ist schlicht und einfach eine Diktatur.

Onursal Adigüzel (Vize-Vorsitzender der türkischen CHP) [1]

(SB) 7. Mai 2019 - Wenn angesichts der Annullierung des Votums bei der Kommunalwahl in Istanbul davon die Rede ist, Recep Tayyip Erdogan habe den Rubikon überschritten, bleibt zuallererst anzumerken, daß in der Türkei schon seit Jahren keine freien Wahlen mehr stattfinden. Der Staatspräsident hat im Zuge seiner Machtübernahme Urnengänge als Legitimationshilfen instrumentalisiert, soweit sie zu seinem Vorteil ausfielen, aber kaum ein Mittel unversucht gelassen, um einen Wahlausgang zu seinen Gunsten zu erzwingen. Schritt für Schritt hat die Erdogan-Regierung alle wichtigen Institutionen unter ihre Kontrolle gebracht. Justiz und Medien wurden gleichgeschaltet, das Parlament wurde entmachtet, gewählte Politiker landeten im Gefängnis, zuletzt verweigerte man neugewählten kurdischen Bürgermeistern das Amt. Im Jahr 2015 ließ Erdogan schon einmal eine Parlamentswahl wiederholen, weil ihm das Ergebnis nicht paßte. Damals zweifelte er allerdings das Wählervotum an sich nicht an, sondern setzte lediglich alle Hebel in Bewegung, um in einem zweiten Anlauf das gewünschte Ergebnis herbeizuführen. Massenverhaftungen und -entlassungen unter dem allgegenwärtigen Verdikt, jegliche oppositionellen

Bestrebungen dem "Terrorismus" oder der Gülen-Bewegung zuzuordnen und zu verfolgen, haben den demokratischen Staat längst zu Grabe getragen.

Wer in Reaktion auf den jüngsten Coup des türkischen Machthabers verbalradikal vom Leder zieht, muß sich daher die Frage gefallen lassen, ob er mit derselben Vehemenz gegen Erdogan zu Felde gezogen ist, als dieser die kurdischen Gebiete im eigenen Land und in Nordsyrien unter Einsatz deutscher Waffen militärisch angreifen ließ, um nur ein besonders markantes Beispiel zu nennen. Er muß sich weiter die Frage gefallen lassen, warum die Bundesrepublik türkische und kurdische Linke zu politischen Gefangenen macht, oder Wirtschaftsminister Altmaier deutsche Investitionen in der Türkei anschiebt und damit der durch die Währungskrise schwer angeschlagenen Regierung in Ankara Luft verschafft. Doch all das sind natürlich nur rhetorische Fragen, da eher nicht anzunehmen ist, daß Berlin oder Brüssel der Rock der vielzitierten Menschenrechte näher als das Hemd machtpolitischer Erwägungen wäre. Ob als Flankenschutz der NATO, Blockade der Flüchtlingsbewegung nach Kerneuropa oder Handelspartner, die Türkei bleibt aus Perspekti-

ve deutscher Regierungspolitik und Handlungsmaximen der EU auch unter Erdogan ein Verbündeter, dessen man sich zu bedienen gedenkt. Der Rest ist Theaterdonner fürs Publikum, da von ernsthaften Konsequenzen nicht die Rede sein kann.

Daß die AKP bei den Kommunalwahlen am 31. März zusammen mit der MHP zwar landesweit gewonnen, aber mit Istanbul, Ankara, Antalya und Adana vier der fünf größten Städte an die Opposition verloren hat, zeugte angesichts der widrigen Umstände bei Urnengängen in der Türkei um so mehr von wachsenden Problemen des Regimes, eine Mehrheit der Bevölkerung bei der Stange zu halten. Neosmanische Expansionsgelüste, nationalistische Überhöhung des Türkentums, islamistische Formierung der Gesellschaft oder rassistische Verdrängungs- und Vernichtungszüge gegen die Kurdinnen und Kurden reichen als Bindemittel nicht aus, wenn das Versprechen auf eine florierende Ökonomie und Wohlstand für alle wegbricht. Immer mehr Menschen können sich nicht mehr angemessen ernähren und sind auf staatlich subventionierte Nahrungsmittel angewiesen, der Lebensstandard der ohnehin ärmeren Schichten sinkt auf breiter Front.

Warum sich Erdogan massiv in den Wahlkampf eingemischt und insbesondere in Istanbul das Votum zu einer Abstimmung über seine Politik gemacht hatte, liegt auf der Hand. Die Stadt ist seine politische Heimat, dort war er selbst Bürgermeister, und wie auch die Hauptstadt Ankara wurde sie 25 Jahre lang von der AKP regiert. Im Großraum Istanbul leben mehr als 15 Millionen Einwohner und damit knapp ein Fünftel aller türkischen Staatsbürgerinnen und -bürger. Die Wirtschaftsmetropole ist auch als türkisches Kultur- und Finanzzentrum bekannt, so daß Erdogans Credo, daß die Türkei regiere, wer Istanbul regiert, weit mehr als bloße Wahlkampfretorik war. Dort entscheidet sich, ob der Präsident über seine ursprüngliche Anhängerschaft im konservativen Anatolien hinaus die für seine Herrschaft unverzichtbaren Mehrheiten gewinnen kann.

Nicht nur mit aberwitzigen infrastrukturellen Megaprojekten wie Brücken, Tunneln und dem künftig größten Flughafen der Welt hat Erdogan dieser Region seinen Stempel aufgedrückt, er läßt auch die größte Moschee des Landes von einem Berghang auf sie herabblicken, als drohe er der Moderne der Metropole seine religiösen Zügel an. Die massive Bereicherung seines Familienclans hat auch hier ihre Netzwerke, und die beim Schlag gegen die Gülen-Bewegung geraubten enormen Besitztümer, die eine Umstrukturierung der nationalen Kapitalfraktionen herbeiführte, dürfen sich der Verpflichtung gegenüber seinem paternalistischen Wirtschaften nicht entziehen. Das gesamte System aus

Repression, Gunsterweisen und Korruption, welches Seilschaften knüpft, Nutznießer schafft und Akzeptanz erkaufte, steht und fällt mit seiner Funktionstüchtigkeit in der Metropole Istanbul. Wird der "Sultan" in den rückständigeren Landesteilen durchaus als solcher verehrt, da jedes öffentliche Projekt und jede Sozialleistung aus seiner gnädigen Hand zu kommen scheint, geht es in Istanbul sehr viel mehr das Arrangement einer modernen großstädtischen Einwohnerschaft und nicht zuletzt der Wirtschaftseliten mit einem Machthaber, der ihren Interessen zugute kommt.

Das knappe Scheitern der AKP in Istanbul ist mehr als nur der vielzitierte herbe Gesichtverlust für Erdogan. Er ist zu weit gegangen und hat zu viele Leichen im Keller, als daß er sich eine Niederlage leisten und früher oder später mit einer Rolle als Oppositionspolitiker bescheiden könnte. In Gestalt des Präsidialregimes hat er sich die Machtfülle eines Despoten verschafft und zugleich so viele Feinde bis in die vorgeblich eigenen Reihen hinein gemacht, daß es für ihn keinen Rückweg gibt. Folglich läßt er nicht zu, daß die Opposition in Istanbul gewinnt, da dies womöglich der Anfang vom Ende seines Regimes sein könnte.

Der Präsident sprach schon kurz nach der Wahl von Regelwidrigkeiten und "Diebstahl an den Urnen". Seine Partei habe ein "organisiertes Verbrechen" bei der Wahl festgestellt. Vor wenigen Tagen legte er nach und erhöhte mit dem Vorwurf des "Makels" und der Korruption den Druck auf die Hohe Wahlkommission,

dem Antrag auf Annullierung stattzugeben. Zwischenzeitlich hatten Staatsanwälte Ermittlungen eingeleitet und angeblich herausgefunden, daß 43 der 100 überprüften Mitarbeiter der Wahlbehörden in Verbindung mit dem Gülen-Netzwerk stünden. Damit war die Drohkulisse aufgebaut und das Szenario vorgegeben, eine Kehrtwende der Wahlkommission herbeizuführen. Da diese von vornherein als Werkzeug der AKP-Regierung galt, überraschte ihre ursprüngliche Entscheidung, den Oppositionskandidaten Ekrem Imamoglu von der CHP zum Wahlsieger zu erklären und ihm die Urkunde zu überreichen, die seinen Erfolg bestätigte. Auf diese vorgebliche Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen folgte nun die Mehrheitsentscheidung des Gremiums, eine Wiederholung der Wahl für den 23. Juni anzusetzen. [2]

Die Begründung könnte fadenscheiniger kaum sein. Nachdem sich die von Erdogan zunächst angekündigten Beweise für Unregelmäßigkeiten wie Dokumente und Videoaufnahmen offenbar in Luft aufgelöst hatten, fabrizierte die Hohe Wahlkommission eine formale Lösung des Problems. Die Behörde will unter anderem festgestellt haben, daß manche Vorsitzende der Wahlräte und deren Mitglieder keine Beamten waren. Das verstoße nach einer Änderung des Wahlgesetzes vom vergangenen Jahr gegen die Vorschriften. Die AKP hatte damals trotz Einspruchs der Opposition durchgesetzt, daß nur noch Staatsbedienstete den Vorsitz in Wahlräten innehaben dürfen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Ekrem Imamoglu machte umgehend darauf aufmerksam, daß auch die Präsidentschaftswahl im vergangenen Jahr mit denselben, nun von der AKP beanstandeten Wahlhelfern stattgefunden habe. Dann sei die Wahl, die Präsident Recep Tayyip Erdogan im Amt bestätigt hatte, ja wohl auch fehlerhaft, meinte der Kandidat der CHP. [3]

Die größte Oppositionspartei ist fest entschlossen, abermals massenhaft zu mobilisieren und im zweiten Anlauf noch deutlicher zu gewinnen. Die Anhängerschaft zu motivieren, sollte ihr durchaus gelingen, zumal die Empörung über den Kurswechsel der Wahlkommission und Erdogans Einfluß hohe Wogen schlägt. Entscheidend dürfte indessen das Wahlverhalten der kurdischen Bevölkerung sein, da die AKP nur deshalb übertroffen worden war, weil die HDP wie auch in anderen großen Städten auf eine eigene Kandidatur verzichtet hatte, um die oppositionellen Stimmen zu vereinen. Erdogan trägt dem mit einem neuerlichen Winkelzug Rechnung. Er hatte in der Vergangenheit die kurdischen Stimmen eingeworben, indem er eine Politik der Versöhnung und einen Friedensprozeß mit der PKK in Aussicht stellte. Später warf er den Schafspelz ab und fiel gnadenlos über die Kurdengebiete im Südosten des Landes her. Nun versucht er abermals, die "kurdische Karte" zu ziehen.

So erhielten vor wenigen Tagen erstmals wieder Anwälte Zugang zu Abdullah Öcalan, dem Vordenker der kurdischen Befreiungsbewegung, der sich seit seiner völkerrechtswidrigen Ver-

schleppung im Februar 1999 auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali befindet, auf der er elf Jahre lang der einzige Häftling war. Nach einem Besuch seiner Anwälte am 27. Juli 2011 wurde ihm fast acht Jahre lang jeglicher Rechtsbeistand verwehrt. Nach dem letzten Familienbesuch am 11. September 2016 war sein Bruder Mehmet Öcalan erstmalig wieder am 12. Januar 2019 für ein 15minütiges Gespräch auf Imrali. Am 7. November 2018 begann die HDP-Abgeordnete Leyla Güven im Gefängnis von Amed (Diyarbakir) einen unbefristeten Hungerstreik, mit dem die 54jährige Politikerin die Aufhebung der Isolation Öcalans forderte. Seit dem 1. März befinden sich rund 7.000 politische Gefangene aus PKK- und PAJK-Verfahren im Hungerstreik. Am 30. April traten 15 politische Gefangene aufgrund der anhaltenen Ignoranz der türkischen Regierung ins "Todesfasten", bei dem die Häftlinge nur noch Wasser, Zucker und Salz zu sich nehmen und die Aufnahme von Vitaminen verweigern. [4]

Diesen auch in Istanbul, der Stadt mit der zahlenmäßig größten kurdischen Bevölkerung des Landes, wahrgenommenen Kampf gegen die Isolation Abdullah Öcalans plant Erdogan offensichtlich mit dem gewährten Anwaltsbesuch zu unterlaufen. Er hofft zweifellos, die Opposition zu spalten und ihr einen Anteil kurdischer Stimmen abspenstig zu machen, der ausreicht, um das Blatt bei der Wiederholung der Kommunalwahl in der Metropole zu wenden. Die kurdische Wählerschaft hat es in der Hand, angemessene Konsequenzen aus ihren Erfahrungen

mit Erdogans Avancen zu ziehen und seinem machiavellistischen Machtkalkül eine gebührende Abfuhr zu erteilen. Nachdem die Kehrtwende der Hohen Wahlkommission bekannt geworden war, standen in mehreren Bezirken Istanbuls die Menschen an den Fenstern und schlugen auf Töpfe und Pfannen - eine Protestform, die sich während der regierungskritischen Gezi-Proteste von 2013 etabliert hatte. Mögen Recep Tayyip Erdogan selbst in seinem monumentalen Präsidentenpalast im fernen Ankara davon die Ohren klingen!

Anmerkungen:

[1] www.t-online.de/nachrichten/ausland/id_85705978/tuerkei-neuwahl-in-istanbul-antreten-erlaubt-gewinnen-verboten-.html

[2] www.taz.de/!5593474/

[3] www.tagesschau.de/ausland/istanbul-wahlwiederholung-reaktion-101.html

[4] www.civaka-azad.org

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1823.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko

Mord an Lesvy und Aidée: Demonstrantinnen fordern Gerechtigkeit

von Hazel Zamora Mendieta und Sonja Gerth

(*Mexiko-Stadt, 3. Mai 2019, cimacnoticias*) - Am 3. Mai hat sich zum zweiten Mal der Tag gejëhrt, an dem die damals 22-jährige Lesvy Berlin Rivera Osorio auf dem Gelände der Nationaluniversität UNAM getötet wurde. Mittlerweile ist ihr Exfreund Jorge Luis G. wegen Femizides angeklagt, doch dass es den Gerichtsprozess überhaupt gibt, ist allein dem mutigen Kampf von Lesvys Familie zu verdanken. Das hat die Generalstaatsanwältin der Stadt Mexiko, Ernestina Godoy Ramos, in einem öffentlichen Akt am 2. Mai im Auditorium der technischen Fakultät anerkannt. Die öffentliche Entschuldigung war Teil der Wiedergutmachung [1] an die Familie wegen erlittenen Unrechts und wurde von der lokalen Menschenrechtskommission empfohlen.

"Wir stehen vor einem schlecht untersuchten Verbrechen, einer Akte, die schlecht zusammengestellt wurde und einem Fall, der schlecht vor den Gerichten präsentiert wurde. Der Regierungschef, der Staatsanwalt und Dutzende von Beamten haben eine offizielle Version verteidigt, die bereits durch den geringsten öffentlichen Zweifel zu Fall gebracht wurde. Erneut wurden Frauen für die Gewalt, die sie erlitten, verantwortlich gemacht",

so Godoy vor Menschenrechtsverteidigerinnen, Aktivistinnen, Studierenden und Lehrenden.

Staatsanwaltschaft ging von Selbstmord aus

Die Untersuchungen zu Lesvys Tod wiesen zahlreiche Unregelmäßigkeiten auf, die gravierendste: Die Staatsanwaltschaft ging davon aus, dass die Studentin sich mit dem Kabel einer öffentlichen Telefonzelle selbst erwürgt hatte. Diese These wurde so lange verfolgt, bis Lesvys Familie eigene Sachverständige einsetzte und der öffentliche Druck so groß wurde, dass sie nicht mehr haltbar war. Mit großer zeitlicher Verzögerung gab die UNAM Videoaufzeichnungen heraus, auf denen Lesvy im Tatzeitraum zusammen mit ihrem Exfreund Jorge Luis G. in der Nähe der Telefonzelle zu sehen ist. Die Rolle der UNAM bei der verzögerten Aufdeckung der Tatsachen wurde in dem Akt mit der Generalstaatsanwältin nicht angesprochen.

Dabei zeigte sich, dass Studentinnen der UNAM auch heute nicht in einem gewaltfreien Umfeld studieren können. Erst am 29. April wurde eine der Schülerinnen der Preparatorias, der über die Stadt verstreuten Oberschulen, die die UN-

AM betreibt, in ihrem Klassenraum erschossen. Aidée Mendoza Jerónimo war 18 Jahre alt. Obwohl die Kugel laut ersten Angaben der Staatsanwaltschaft innerhalb des Klassenraums abgefeuert wurde und alle Schüler*innen sowie der Lehrer befragt wurden, gibt es bis heute keinen Hinweis auf den Täter oder die Täterin.

Waffen an Schulen, gefährliche Schulwege

Schüler*innen der Oberschule CCH Oriente schlossen sich deswegen den Demonstrationen für Lesvy am 3. Mai an und forderten eine lückenlose Aufklärung des Falls. Sie berichteten, dass das Einschmuggeln von Waffen auf das Gelände kein neues Phänomen sei. Zudem forderten sie Universität und Bezirke auf, für mehr Sicherheit auf dem Schulweg zu sorgen. Die Oberschulen der UNAM befinden sich in Außenbezirken, die sehr gefährlich sind. In diesem Schuljahr sind bereits zwei Schülerinnen des CCH Oriente einem Femizid zum Opfer gefallen. Miranda Mendoza Flores wurde im August 2018 entführt und ermordet. Am 20. März verschwand die 16-jährige Jennifer Sánchez Domínguez. Sie wurde sechs Tage später ermordet aufgefunden.

EUROPOOL / REDAKTION / PARTEIEN

Brexit - das Ringen um Einfluß und Zukunft ...

Der Rektor der Oberschule und die UNAM hatten angekündigt, dass die Polizei mehr Präsenz zeigen, Beleuchtung und Videoüberwachung im CCH Oriente verstärkt würde. Doch nach Angaben des Schülerinnen-Kollektivs "Rosas Violentas de Oriente" ist nichts davon geschehen. Der Rektor der UNAM, Enrique Graue Wiechers, trat Ende April in einer Videobotschaft auf, in der er Gewalt verurteilte, jedoch lediglich von Aidées "traurigem Tod" sprach, nicht von ihrer Ermordung.

Anmerkung:

[1] <https://www.cimacnoticias.com.mx/noticia/dos-os-de-su-femicidio-disculpa-p-blica-por-caso-lesvy>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/mord-an-lesvy-und-aidee-demonstrantinnen-fordern-gerechtigkeit/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psfra785.html>

(SB) 7. Mai 2019 - Im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland nimmt das politische Chaos um den geplanten Austritt aus der EU nicht ab, sondern zu. Allein mittels reiner Hartnäckigkeit hält sich Premierministerin Theresa May im Amt, denn die Unterstützung der Wähler, der konservativen Hinterbänkler im Unterhaus, der nordirischen Democratic Unionist Party (DUP), die dort seit 2017 den Tories zur Mehrheit verhilft, sogar des eigenen Kabinetts hat sie längst verloren. Nur weil May bereits im vergangenen Dezember ein Mißtrauensvotum der konservativen Parlamentsfraktion überstanden hat und nach den Statuten der Tories eine zweite Abstimmung erst nach weiteren zwölf Monaten abgehalten werden darf, bleibt sie im Number 10 Downing Street und bekleidet das Amt der britischen Premierministerin.

Wie tief die Autorität Mays inzwischen gesunken ist, zeigt die Huawei-Affäre um Ex-Verteidigungsminister Gavin Williamson. Wie viele Verbündete der USA steht die Regierung in London unter massivem Druck seitens Washingtons, den chinesischen Technologiekonzern nicht am Aufbau des einheimischen 5G-Mobilfunknetzwerks zu beteiligen - aus "Sicherheitsgründen", versteht sich. Vor einiger Zeit hat GCHQ, das britische Pendant zur amerikanischen NSA, die fraglichen Huawei-Produkte unter die Lupe genommen und nach eingehender Überprüfung die Beden-

ken der Amerikaner hinsichtlich irgendwelcher "Hintertüren" für unbegründet erklärt. Am 23. April traf sich das britische Sicherheitskabinett hinter verschlossenen Türen, um die Entscheidung über die Auftragsvergabe zu fällen. Am Ende der Beratungen waren fünf Minister für eine Beteiligung von Huawei und fünf dagegen. Die entscheidende Stimme fiel May zu. Mit dem Votum für Huawei löste die Premierministerin die Patt-Situation auf. Wegen der außenpolitischen Brisanz der Angelegenheit sollte das Ergebnis der Beratungen erst in einigen Wochen bekanntgegeben werden.

Statt dessen erschien gleich am darauffolgenden Tag beim Daily Telegraph, Hauspostille der britischen Generalität, ein detaillierter Bericht über Verlauf und Ausgang der Diskussion. Wegen des ungeheuerlichen Vertrauensbruchs hat May sofort eine interne Untersuchung angeordnet. Als mögliche Quelle des beispiellosen Lecks aus dem Herzen des britischen Regierungsapparats galten zunächst die fünf Gegner der Huawei-Beteiligung - Außenminister Jeremy Hunt, Innenminister Sajid Javid, Verteidigungsminister Gavin Williamson, Entwicklungsministerin Penny Mordaunt und Handelsminister Liam Fox - allesamt Brexit-Befürworter. Nach rund einer Woche stand die Identität des Informanten fest. Nach Überprüfung des Telefon- und E-Mail-Verkehrs aller Mitglieder des Sicher-

heitskabinetts stand fest, Williamson hatte unmittelbar nach der Sitzung elf Minuten lang mit dem Telegraph-Journalisten Steven Swinford, dem Autor des Enthüllungsartikels, fernmündlich gesprochen.

Am 1. Mai sah sich May gezwungen, Williamson, der sich weigerte, freiwillig zurückzutreten, zu feuern. Zur Begründung hieß es in dem Brief der Premierministerin an den 42jährigen ehrgeizigen Shooting Star der Tories, die Beweise gegen ihn seien "zwingend", sie habe das Vertrauen in ihn verloren. Der ganze Vorgang hat seitdem nur noch weiter an Einmaligkeit gewonnen, denn Williamson spielt sich als Opfer einer Palastintrige auf, beteuert seine Unschuld "beim Leben meiner Kinder" und verlangt nach einer kriminologischen Untersuchung des Vorfalls durch die Polizei mit der Behauptung, nur dadurch könne seine Ehre wiederhergestellt werden. Die beispiellose Dreistigkeit von Williamson erklärt sich dadurch, daß er nicht nur ein führender Brexiteer, sondern auch ein profiliertes Verfechter eines neuen globalen Imperialismus Großbritanniens an der Seite der USA ist. Als Verteidigungsminister hat Williamson in den letzten eineinhalb Jahren gezielt und offen die Führung Rußlands schwer beleidigt und die Volksrepublik China mit Krieg bedroht. Damit dürfte er bei der neokonservativen Kamarilla der Regierung von US-Präsident Donald Trump um Außenminister Mike Pompeo und den Nationalen Sicherheitsberater John Bolton Punkte gemacht haben und meint deshalb, sich seine verräterische Konfrontationshaltung

gegenüber der glücklosen May politisch leisten zu können.

Überschattet vom Streit um die verlorene Vertraulichkeit des Sicherheitskabinetts fanden am 2. Mai in England und Nordirland Kommunalwahlen statt. Wie nicht anders zu erwarten haben die Konservativen ein Wahldebakel erlebt. Sie haben von zuvor 5521 Sitzen 1330 sowie die mehrheitliche Kontrolle über 44 Kommunen verloren. Größte Profiteure des schlechten Abschneidens der Tories waren die oppositionellen Liberaldemokraten, welche die Zahl ihrer Sitze von 704 auf 1351 fast verdoppeln konnten. Die Sozialdemokraten, welche im Unterhaus nach den Tories die zweitstärkste Fraktion stellen - 232 zu 330 Abgeordnete - und ähnlich ihrem großen Rivalen in der Brexit-Frage völlig zerstritten sind, haben dagegen Federn lassen müssen. Statt erwarteter Sitzgewinne ist die Zahl ihrer Kommunalmandate von 2278 auf 2021 leicht gesunken.

Vor diesem Hintergrund ging May am 7. Mai geschwächt in die Verhandlungen mit der Labour-Führung über einen Ausweg aus der Brexit-Krise. Anfang April hatten die anderen 27 EU-Staaten das Austrittsdatum für das Vereinigte Königreich auf den 31. Oktober verschoben, um London mehr Zeit für eine akzeptable Lösung zu geben. In den Wochen davor war May im Parlament mit jenem Austrittsabkommen, das sie in den letzten zweieinhalb Jahren mit Brüssel ausgehandelt hatte, dreimal gescheitert. Doch auch keiner der zahlreichen Alternativvorschläge fand bei dem langwierigen Debattenmarathon eine Mehrheit. Folglich diskutieren

nun May, Labour-Chef Jeremy Corbyn und ihre engsten Berater über einen Plan, dem Unterhaus in den nächsten Wochen das Austrittsabkommen, ergänzt um neue Paragraphen zur Beibehaltung bisheriger EU-Standards in Sachen Arbeitnehmerrechte und Umweltschutz, erneut vorzulegen. Des Weiteren sieht die Vereinbarung den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Zollunion mit der EU bis mindestens 2022 vor, wenn in Großbritannien wieder Parlamentswahlen fällig sind.

Der Plan, wie gut gemeint auch immer, ist aus vielen Gründen sehr riskant. Durch besagte Ergänzungen soll eine Mehrheit der Labour-Abgeordneten dazu bewogen werden, für das Austrittsabkommen zu stimmen. Doch mehr als hundert von ihnen haben bereits erklärt, nur dann für den Deal Mays mit der EU votieren zu wollen, wenn das Vertragswerk auch dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. Viele Abgeordnete der Liberaldemokraten, der Scottish Nationalist Party (SNP) sowie der britischen Grünen haben sich der Forderung nach einem People's Vote, quasi einem erneuten EU-Austrittsreferendum, angeschlossen. Des Weiteren muß die Labour-Führung befürchten, die Katze im Sack zu kaufen. Bei den Konservativen werden die Messer gewetzt. Mays Tage als Partei- und Premierministerin sind gezählt. Von daher gibt es keine Garantie, daß sich ihr Nachfolger bzw. ihre Nachfolgerin an die Abmachung halten wird. John McDonnell, Finanzsprecher der Sozialdemokraten und Labour-Vizechef, hat bereits auf die Möglichkeit hingewiesen, daß nach der voraussichtlich bal-

Die Schlacht um Dien Bien Phu im Mai 1954 besiegelte die Niederlage Frankreichs zur kolonialen Wiedereroberung Vietnams

*Paris wollte Atombomben einsetzen
Aber Eisenhower meinte, die Franzosen sollten sich ruhig verschleißen*

von Gerhard Feldbauer, 6. Mai 2019



ASSAUT DE LA CITADELLE DE SAIGON PAR LE CORPS EXPÉDITIONNAIRE FRANCO-ESPAGNOL, LE 17 FÉVRIER 1859. — D'après le croquis envoyé par M. L. Roux, secrétaire de l'amiral Rigault de Genouilly.

Saigon, die spätere Ho-Chi-Minh-Stadt, wurde bereits 1859 von französischen Truppen eingenommen

Abbildung: 19th century print. Reproduction [Public domain]

(Gerhard Feldbauer) - Als der Chef des französischen Generalstabes, Paul Ély, am 20. März 1954 nach Washington flog, glich das einem Bittgang nach Canossa. Eine Woche vorher hatte der Befehlshaber der vietnamesischen Volksarmee

(VVA), Vo Nguyen Giap, zum Sturm auf die französische Dschungelfestung im Tal von Dien Bien Phu im nordwestlichen Bergland Vietnams angesetzt und den ersten der sechs Stützpunkte, das Fort "Beatrice", in nur zwei Tagen eingenommen. Vor dem Abflug aus Paris hat Ély noch erfahren, dass Giap zwei weitere Stützpunkte und eine Landebahn für Flugzeuge erobert hatte. Die Hälfte der Befestigungen, der ganze nördliche Cordon, befand

sich damit in der Hand der Volksarmee. Fast alle Offiziere waren gefallen oder in Gefangenschaft geraten. 200 Thai-Söldner hatten sich ergeben. Ein zur Verstärkung aus Hanoi angeflogenes Fallschirmjägerbataillon erlitt so starke Verluste, dass es kaum noch Kampfwert besaß. Es ging für Frankreich um Sieg oder Niederlage in der 1946 begonnenen kolonialen Wiedereroberung des 1945 unabhängig gewordenen Vietnam.

Die Entscheidungsschlacht

Dabei hätte der Waffenstillstand, der am 27. Juli 1953 in Panmunjon den dreijährigen Korea-Krieg mit einer Niederlage der USA beendete, zum Nachdenken anregen müssen. Zunächst hatte es auch so ausgesehen, dass sich unter realistisch denkenden Politikern der herrschenden Kreise in Frankreich die Erkenntnis durchsetzte, dass auch in Vietnam ein militärischer Sieg nicht mehr zu erringen war. Es mehrten sich die Stimmen, Verhandlungen über Indochina zustimmen, Nordvietnam der Viet Minh zu überlassen, sich dafür Südvietnam und den Einfluss in Kambodscha und Laos zu sichern. Doch zunächst setzen sich, beeinflusst aus den USA, noch einmal die reaktionärsten Kolonialkreise durch, die auf einen militärischen Sieg setzen. Ihr Mann wurde der General de Corps d'Armee, Henri Navarre, zuletzt Chef des Stabes beim Oberbefehlshaber der NATO in Zentraleuropa, der am 8. Mai 1953 das Kommando in Indochina übernahm. Er war der siebte Oberkommandierende seit 1946, ein Zeichen für den Verschleiß französischer Spitzenmilitärs in Indochina.

Der ehrgeizige Vier-Sterne-General faßte eine spektakuläre Feldschlacht ins Auge, für die er das Terrain festlegte, auf dem er mit waffentechnischer Überlegenheit die Vietnamesische Volksarmee stellen und vernichtend schlagen wollte. Im Talkessel von Dien Bien Phu (was wörtlich übersetzt "Große Kreisstadt an der Landesgrenze" hieß), ließ er eine Festung ausbauen, die die VVA zum Angriff provozieren sollte. Aus der Festung sollte die



Der erste Indochinakrieg von 1946 bis 1954

Graphik: Don-kun, NordNordWest [CC BY-SA 3.0

(<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>)

Volksarmee dann zur Feldschlacht gestellt und vernichtet werden. Der Talkessel, der eine Ausdehnung von etwa 18 km Länge und acht km Breite hatte, war von steil aufragenden, über 1.500 Meter hohen Bergen umgeben. Durch das Tal schlängelte sich der Fluß Nam Youm. Dien Bien Phu bildete eine strategisch wichtige Position zwischen Nord-

vietnam, Südwestchina und Nordlaos.

Ein kleines Stalingrad im Dschungel

Während die Versorgung der Volksarmee auf dem Landweg in unzähligen Fahrradkolonnen und selbst zu Fuß gewährleistet wur-

de, führte nach Dien Bien Phu nur eine Straße aus Nordlaos über Lai Chau, die noch von den Franzosen kontrolliert wurde. Nach Hanoi und dem Delta des Roten Flusses, wo die gesamte Nachschubbasis für die Festung lag, bestanden also keine gesicherten Landverbindungen. Die Forteresse konnte von dort aus nur auf dem Luftweg versorgt werden. Die Schlacht von Dien Bien Phu ist später in zwar hinkenden, aber nicht ganz unberechtigten Vergleichen als ein kleines Stalingrad im Dschungel bezeichnet worden. Denn in der Endphase der Schlacht war Navarre nicht mehr in der Lage, die eingeschlossene Festung auch nur minimal mit Nachschub zu versorgen. Das ergab sich vor allem daraus, dass die vietnamesische Flak, mit der überhaupt nicht gerechnet worden war, die meisten Transportmaschinen vom Himmel holte. Und das, obwohl viele der eingesetzten amerikanischen B 26 von Air-Force-Piloten mit Koreaerfahrung geflogen wurden. Völlig überraschend für die Franzosen setzte die Volksarmee zum Beispiel nachts Flakscheinwerfer ein und erhöhte so ihre Abschüsse.

Eine waffenstarrende Festung

Kommandant der Festung wurde ein Oberst der Panzertruppen mit dem langen Namen Christian Marie Ferdinand de la Croix de Castries. Wie Navarre stand auch er im Ruf, ein kolonialkriegserfahrener Kommandeur zu sein. Er ließ den Talkessel zu einer waffenstarrenden Dschungelfestung samt einem Militärflugplatz mit mehreren Landebahnen ausbauen. Das Zentrum mit der Kommandozentrale wurde von einem



Gürtel mit auf sechs Hügeln liegenden selbständigen Stützpunkten umgeben: Er begann im Nordwesten mit "Huguette", zu dem der Flugplatz gehörte, und zog sich im Uhrzeigersinn weiter über "Dominique", "Eliane", "Junon", "Claudine" und "Françoise". Im Vorfeld der Festung wurden Außenforts angelegt. Auch sie trugen französische Mädchennamen: "Gabrielle" und "Anne Marie" im Nordwesten, "Beatrice" im Nordosten, und "Isabelle" im Süden, zu dem ein Ausweichflugplatz gehört. Dazwischen lagen zahlreiche Stellungen, bestückt mit schwerer Artillerie, die sich gegenseitig durch Feuer unterstützen konnten. Südlich der Kommandozentrale wurden Panzer konzentriert, auf den Flugplätzen standen über ein Dutzend Maschinen. Das aus pioniertechnisch stabil ausgebauten Bunkern bestehende Stützpunktsystem war durch ein Labyrinth aus Gräben verbunden. Die Angreifer erwarteten Stacheldrahtverhaue und Minenfelder, in denen auch Napalm-Behälter mit elektrischer Zündung untergebracht waren.

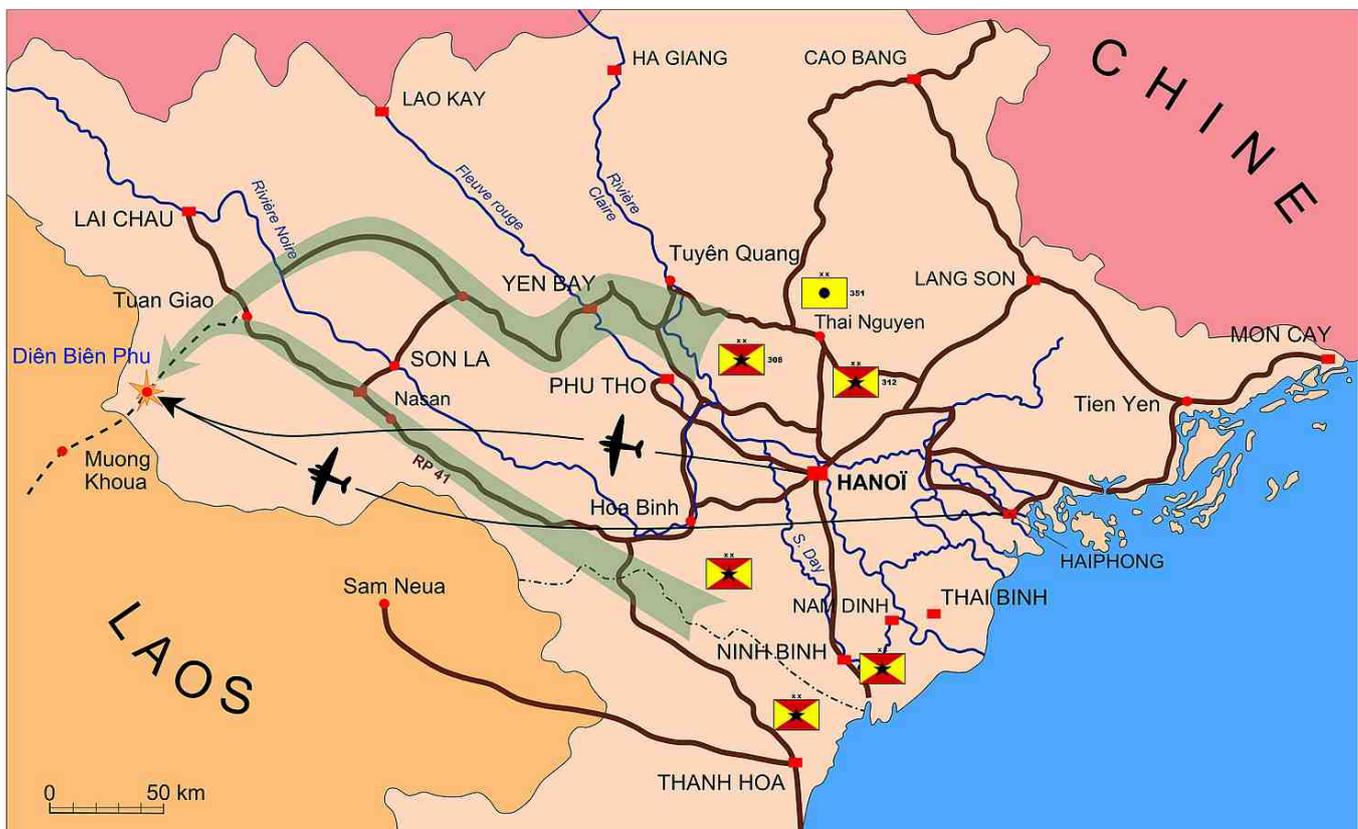
Französische M24-Panzer bei der Schlacht um Dien Bien Phu
Foto: Starry, Donn A Mounted combat in Vietnam. DEPARTMENT OF THE ARMY. [Public domain]

In Paris hatte Navarre für De Castries zusätzlich vier Infanterieregimenter, ein Fallschirmjägerbataillon, 3.000 Offiziere und Unteroffiziere zur Festigung der mittleren und unteren Kommandostrukturen, 100 gepanzerte Transportfahrzeuge und einen Flugzeugträger mit Schlachtflugzeugen angefordert. Nicht alles, aber einen großen Teil davon bekam er geliefert. Der Flugzeugträger wurde ihm ausgeschlagen, was ihn während der Schlacht noch mehr von der ohnehin starken amerikanischen Luftunterstützung abhängig machte. Während der Schlacht waren rund 16.000 Mann eingesetzt. Es waren beste Truppenteile: Durchweg kriegserfahrene Kolonialbataillone, darunter fast die Hälfte Fallschirmjäger und viele Fremdenlegionäre, von denen nicht wenige während des Zweiten Weltkrieges der deutschen Waffen-SS-Divisi-

on "Charlemagne" oder der "Legion des volontaires français contre le bolchévisme" angehört hatten. Während der Schlacht wurde die Besatzung durch etwa 170 Kampfflugzeuge unterstützt, die mit Napalm, Bomben und Bordwaffen die Stellungen der VVA angriffen. Selbst an gewisse Amusements der Soldaten war gedacht und dazu ein sogenanntes "Bordell mobile de Campagne" eingeflogen worden.

scheidungsschlacht anzunehmen. In der Tat begann im Tal von Dien Bien Phu Anfang 1954 die letzte militärische Auseinandersetzung im seit acht Jahre dauernden französischen Indochina-Krieg. Sie endete allerdings ganz anders, als Navarre sie auf seinen Generalsstabskarten konzipiert hatte. Sie wurde für die Franzosen zur Kesselschlacht, die zur Niederlage Frankreichs in Vietnam und damit in ganz Indochina führte.

jäger in Richtung Bergstellungen der Volksarmee angreifen. Es wurde ein Desaster. Nach ein paar hundert Metern lagen die Angreifer unter schwerem Artilleriefeuer, es gab zahlreiche Tote und Verwundete, der Angriff stockte. Der Kommandant musste über Funk zum Rückzug blasen lassen. Der Angriff kostete 150 Tote und 800 Verwundete. 90 Soldaten wurden vermisst, sie waren entweder



Eine Strecke zwischen Dien Bien Phu und einer etwa 100 km nördlich ebenfalls an der laotischen Grenze liegenden Garnison Lai Chau bildete außerdem einen Sperrgürtel, der die Verbindung zwischen der VVA und der laotischen Befreiungsarmee, die ihre Operationen koordinierten, zunächst unterbrach. Navarre wollte die Volksarmee in Operationen aus der Festung und von Lai Chau aus getrennt schlagen. Er kalkulierte, das werde Giap zwingen, die Ent-

Die Lage Dien Bien Phus in Vietnam - französische Luftversorgungsrouuten sowie Anmarsch- und Nachschubwege der Viet Minh
Graphik: BrunoLC [CC0]

Am 11. März unternahm de Castries den ersten Versuch, die Vietnamesen zur Eröffnung der Schlacht zu provozieren. Im Morgengrauen ließ er vom nordöstlichen Fort "Beatrice" aus zwei Bataillone Fallschirm-

gefangen genommen worden oder übergelaufen. Dem Chef des Festungslazarets, Oberstabsarzt Grauwin, wurde zum ersten Mal klar, dass er nur 42 Pritschen für Schwerverwundete zur Verfügung hatte. Noch wurden die Schwerverwundeten und sogar die Toten nach Hanoi ausgeflogen. Aber Grauwin fragte sich bereits, wie lange noch? Am Abend gab es noch einen Vorgeschmack auf den Ausgang der kommenden

Kämpfe. Am Berghang blitzte das Mündungsfeuer einer 7,5er Kanone auf. Ihr Ziel war eine C-119 aus US-Beständen, die auf der großen Landebahn stand. Nach einem Dutzend Einschlägen stand sie in Flammen.

Eine kampferprobte Volksarmee

Der erste Angriff verdeutlichte, dass den Kolonialtruppen eine kampferprobte Armee gegenüberstand. Im November 1953 hatte die DRV die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Die Volksarmee zählt 350.000 Mann, gegliedert in sechs Infanteriedivisionen, eine sogenannte schwere Division sowie mehrere selbständige Regimenter, darunter Pioniere, Artillerie und Flak. An Waffen und Feuerkraft verfügte ein Bataillon der VVA über 500 Karabiner, 200 Maschinenpistolen, 20 MGs, acht Granatwerfer, drei rückstoßfreie Geschütze, drei Panzerbüchsen und war damit verglichen mit einem französischen Bataillon vollwertig ausgerüstet. Die VVA unterhielt Nachrichtenverbindungen über Funk und Kabel. Sie verfügte über die Erfahrungen von sieben Kriegsjahren und ein entsprechend geschultes Offizierskorps. Ihre Führung und ihre Stäbe waren in der Lage, die Operationen verschiedener Verbände zu planen und zu leiten und an mehreren Frontabschnitten gleichzeitig zu handeln. Was ihr fehlte, waren Luft- und Seestreitkräfte. Zunehmend ent-

wickelte sie eine wirksame Flugzeugabwehr, musste jedoch oft noch unter Bedingungen der Luft-herrschaft des Gegners kämpfen.

Die Schlacht um Hoa Binh

Die Wende in den Kämpfen mit der Kolonialmacht war bereits in der vom November 1951 bis Januar 1952 dauernden Schlacht um die nur zirka 60 km westlich von Hanoi liegende Stadt Hoa Binh, die sich mit der umliegenden Bergregion in den Händen der Volksarmee befand, eingeleitet worden. Um einen vernichtenden Schlag gegen die Viet Minh zu führen, eroberten starke Verbände der Kolonialtruppen Mitte November 1951

die Stadt. Die VVA zog sich fast kampflos in die Berge um Hoa Binh zurück, wo General Giap in kurzer Zeit drei Divisionen konzentrierte, welche Hoa Binh einkesselten und die Franzosen von ihren Nachschublinien abschnitten. In zahlreichen Gefechten wurde der Gegner vom Dezember 1951 bis Februar 1952 in der umgebenden Provinz geschlagen und eine Verstärkung der Einheiten in Hoa Binh verhindert. Nachdem das Kolonialkommando großsprecherisch verkündete hatte, "Hoa Binh wird gehalten, koste es, was es wolle", musste Mitte Februar der Rückzug angetreten werden. Unter großen Verlusten erreichten die Franzosen die Verteidigungslinie westlich von Hanoi.



*Vo Nguyen Giap (links) und
Ho Chi Minh in Saigon -
Aufnahme von 1945
Foto: gemeinfrei
via wikimedia commons*

Die Provinz befand sich wieder fest in der Hand der Viet Minh, die auch die strategische Straße Nr. 6 nach der Garnison Lai Chau und weiter nach Nordlaos unterbrochen hatte, was für die Schlacht um Dien Bien Phu von Bedeutung werden sollte. Überhaupt hätte die Niederlage bei Hoa Binh für die zwei Jahre später einsetzende Schlacht um die Dschungelfestung grundsätzliche Lehren vermitteln müssen, was aber im Stab des Expeditionskorps niemandem in den Sinn kam. Im Gegenteil herrschte im Kommando der Kolonialarmee gegenüber der Volksarmee eine dünkeltunke grenzenlose Überheblichkeit vor, in der diese und ihr talentierter Feldherr Vo Nguyen Giap völlig unterschätzt wurde. Von ihm könne man, so Navarre einmal geringschätzig, nicht mehr als die Führungsqualitäten eines französischen Sergeant-Majors erwarten. [1]

Gegenspieler Vo Nguyen Giap

Dieser Giap war ein Militär des Volkes, der sich seinem Gegenüber nicht nur auf militärischem Gebiet haushoch überlegen erwies, sondern auch im Allgemeinwissen, obwohl er weder Universitäten noch Militärakademien absolviert hatte, wenn man davon absieht, dass er das Baccalauréat in Philosophie und den Jura-Referendar der Hanoier Universität besaß. 1929 gehörte er zu den Kommunisten, mit denen Ho Chi Minh am 3. Februar 1930 die KP Vietnams gründete. Schon als Schüler organisierte er Solidaritätsaktionen für die nach dem fehlgeschlagenen Aufstand von Yen Bai [2] verfolgten Nationalisten, wurde verhaftet und zu drei

Jahren Gefängnis verurteilt. Kampfgefährten berichteten, dass er sich schon während seiner kurzen Zeit als Lehrer leidenschaftlich mit den Schlachten Napoleons befasste, die des chinesisch-japanischen Krieges verfolgte, das Werk des deutschen Militärs Carl von Clausewitz "Vom Kriege" studierte und Lawrence [3] las. Während der Schlacht um Dien Bien Phu wurde sichtbar, dass er sich auch mit dem Ersten Weltkrieg und besonders mit dem Stellungskrieg bei Verdun beschäftigt hatte.



*Originalausgabe des Buches "Vom Kriege" aus dem Jahr 1832
Abbildung: Jan Schreiber [Public domain]*

Siegespfiler Bodenreform

Im Dezember 1953 beschloss die Nationalversammlung der DRV das Dekret über eine Bodenreform. Das Land der französischen Kolonialisten und derjenigen vietnamesischen Großgrundbesitzer, die sich als Feinde der DRV erwiesen hatten, wurde entschädigungslos enteignet und an fünf Millionen arme Bauern verteilt. Großgrundbesitzer, die sich im Befreiungskampf auf die Seite der Volksmacht gestellt oder sich auch nur loyal verhalten hatten, wurden für Grund und Boden, Vieh und Technik entschädigt und durften ihr übriges Eigentum behalten. Die Bodenreform, mit der eine entscheidende Aufgabe der nationaldemokratischen Revolution durchgeführt und die feudalen Zustände beseitigt wurden, festigte die Volksmacht nicht nur politisch und ökonomisch entscheidend, sondern auch militärisch. Sie stellte das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern, welche die Mehrheit der Kämpfer der VVA stellten, auf eine feste Grundlage. Die Soldaten der Marionettenarmee erhielten Bodenanteile zugesichert, wenn sie deren Reihen verließen. Nicht zuletzt davon ausgehend ist die vietnamesische Agrarreform gelegentlich mit der Sklavenbefreiung durch Abraham Lincoln als einer wesentlichen Voraussetzung für den Sieg der bürgerlichen Revolution im amerikanischen Bürgerkrieg gegen die Südstaaten verglichen worden.

Vor Dien Bien Phu hatte Giap zwei Infanteriedivisionen, zwei Regimenter, zwei Abteilungen 10,5 Zentimeter Haubitzen und zwei weitere Abteilungen 7,5 Zentimeter Kanonen, dazu ein Flak- und ein Pionierregiment, insgesamt zirka 35.000 Mann zusammengezogen. Die Vietnamesen transportieren die schweren Geschütze - jedes wog über zwei Tonnen, in Einzelteile zerlegt -, was man im französischen Stab für unmöglich gehalten hatte, ohne Zugmittel, wo möglich, dienten ihnen lediglich auf den



*Vo Nguyen Giap (links) mit Vietminh-Kämpfern, hier in einer Aufnahme von 1944
Foto: gemeinfrei via wikimedia commons*

Gipfeln installierte Winden als mechanische Hilfsmittel, über die zerklüfteten Berge und brachten sie dort gegenüber der Festung in Höhlen in Stellung. Aus diesen Kasematten wurden die Geschütze zum Schuss herausgerollt und sofort wieder zurückgezogen. Besonders die rückstoßfreien Geschütze, die China aus in Korea erbeuteten amerikanischen Beständen geliefert hatte, eigneten sich dazu hervorragend. Mit ihrem geringen Gewicht waren sie einfach zu handhaben und der Stellungswechsel war in Sekunden möglich. In der Endphase der Schlacht konnte die eingeschlossene Festung von Hanoi aus nicht einmal mehr minimal mit Nachschub versorgt werden. Die vietnamesische Flak schoß die meisten Transportmaschinen ab. Und das, obwohl viele der eingesetzten US-amerikanischen B-26 von Air-Force-Piloten mit Ko-reaerfahrung geflogen wurden.

Den ersten Schlag führt Giap gegen Lai Chau, wo Einheiten der 316. Division die von zwei Bataillonen verteidigte Garnison angriffen und in nur zwei Tagen eroberten. Zum ersten Mal setzte die Volksarmee hier ihre schwere Artillerie ein und schoß den Stützpunkt sturmreif. Mit dem Fall von Lai Chau wurde das Zusammenwirken mit den laotischen Patrioten wieder hergestellt. Zeitgleich bedrohten Truppen der Pathet Lao (Freies Laos) zusammen mit vietnamesischen Einheiten in Nordlaos die Königsresidenz Luang Prabang, griffen in Zentrallaos an und besetzten dort die strategisch wichtige Stadt Thakhek am Mekong. In koordinierten Operationen eroberten laotische und vietnamesische Truppen ferner in Südlaos und Südvietsnam beträchtliche Gebiete, darunter um die Stadt Attopeu.

Von strategischer Bedeutung war der weitere Vorstoß von Thakhek

aus nach Süden zur alten Kolonialstraße Nr. 9, die über die Berge und den Ai Lao-Paß in einer Länge von über 300 km nach Osten bis an die vietnamesische Küste bei Quang Tri führte. Jahre später, während der berühmten Tet-Offensive 1968, und 1971 in der Schlacht um den US-Stützpunkt Khe Sanh, wird die Straße erneut strategische Bedeutung erhalten und zu einem Meilenstein der Amerikaner auf dem Weg in ihre Niederlage 1975 werden.

Entscheidend war weiter, dass jetzt im Norden Indochinas aus Provinzen Nordvietnams und Nordlaos' ein geschlossenes befreites Gebiet bestand. Um eine Ausbreitung dieser Region nach Süden zu verhindern und die Operation Dien Bien Phu nach Westen abzusichern, war Navarre gezwungen, Truppen aus dem Delta des Roten Flusses zur Verstärkung der Garnison von Luang Prabang zu entsenden, die ihm



Saigon während der Tet-Offensive 1968

Foto: gemeinfrei via wikimedia commons

schon bald in der Festungsschlacht fehlten. Die Volksarmee nahm im Zusammenwirken mit den Truppen der Pathet Lao nunmehr faktisch in weiten Gebieten Vietnams und Laos' das Heft des Handelns in die Hand. De Castries Festung war ohne eine Landverbindung zu anderen Truppen, lag isoliert in der Talmulde und schon bald unter schwerem Artilleriefeuer der Volksarmee.

Nach der Niederlage De Castries vor Fort "Beatrice" setzte Giap

zwei Tage später zum Gegenschlag an und griff als erstes "Beatrice" an. Nach schwerer Artillerievorbereitung - die Geschütze der Volksarmee verschossen über 9.000 Granaten - wurde der Stützpunkt innerhalb nur eines Tages und einer Nacht gestürmt. Dabei wurde die hier liegende Landpiste erobert. Viele französische Soldaten bekamen eine Ahnung davon, dass sie in einer tödlichen Falle saßen.

In Paris hatte Verteidigungsminister Jean Plevin seinem Generalstabschef eingeschärft, den Amerikanern reinen Wein einzuschenken, um eine "entscheidende Aufstockung" ihrer Hilfe auszuhandeln. Die USA mischten sich be-

reits ab 1950 verstärkt in Indochina und besonders in Vietnam ein. Nach der Niederlage Tschiang Kai-Scheks in China wurde Südostasien eine "lebenswichtige Sphäre" im Kampf gegen den Sozialismus in Asien, wie es später in den "Pentagon-Papieren" hieß. [4] Indochina wurde darin zum "Schlüsselgebiet" erklärt. In dieser Zeit wurde die "Dominotheorie" geboren, nach welcher der "Fall Indochinas" den "Verlust" weiterer Länder Südasiens und des Pazifiks ("Dominosteine") nach sich ziehen würde. Der US-Imperialismus, der sein Ziel, die Erringung der Weltherrschaft, nie aufgegeben hatte, strebte als erstes in Asien die Vorherrschaft im Südosten des Kontinents an, was das Zurückdrängen Frankreichs einschloss. Frankreich war zwar nicht bereit, seine Herrschaft über Indochina mit den USA zu teilen, argumentierte aber im Interesse immer dringender erforderlich werdender Hilfe aus Washington, sein Krieg sei "integriert in den kalten Krieg".

USA seit 1950 beteiligt

Am 2. Februar 1950 nahmen die USA zur Marionettenregierung unter Bao Dai diplomatische Beziehungen auf. Am 16. Februar ersuchte Frankreich die USA mit der Begründung, die Lasten des Krieges nicht mehr allein tragen zu können, um langfristige militärische und wirtschaftliche Hilfe. Die Zustimmung erfolgte zunächst mit dem demonstrativen Besuch eines Flugzeugträgers und zweier Kreuzer im Hafen von Saigon. Es folgte die Ausarbeitung eines Hilfsprogramms, für das bis Juni 1951 als erste Finanzspritze 23,5 Millionen \$ bewilligt

wurden. Die französischen Streitkräfte in Indochina erhielten ab August 1950 neuere Kampftechnik, vor allem Flugzeuge, aus den USA. In Saigon wurde eine "Militärische Unterstützungs- und Beratergruppe der USA" (MAAG) mit zunächst 70 Mann stationiert.

Das reiche nicht mehr aus, betonte Pleven. Ély müsse den Amerikanern klar machen, dass "wir Dien Bien Phu und ganz Indochina verlieren, wenn die Amerikaner nicht eingreifen". Es gehe nicht mehr nur um Munition und Flugzeuge. Man brauche Truppentransporter mit Infanterie, Artillerie, Fallschirmtruppen, B-29-Bomber. Pleven schloss eine Atombombe auf Ho Chi Minhs rückwärtige Gebiete ein.

Napalm auf die Belagerer

Um Aufsehen zu vermeiden, war Ély mit einer Linienmaschine geflogen. Als er mit einer "Constellation" in Washington eintrifft, empfängt ihn auf dem Flugplatz der Chef der Vereinigten Stabschefs, Admiral Radford. Ély weiß, dass ihn ein kompetenter Gesprächspartner erwartet. Der ranghohe Militär hat die 7. US-Flotte kommandiert, war engster Vertrauter McArthurs, des Oberbefehlshabers in Südkorea und US-Präsident Dwight D. Eisenhowers Berater in Asienfragen. Im Pentagon gehörte er zu den Hardlinern. Nach dem Eingreifen der Chinesen in Korea hatte er über der Mandschurei ein paar Atombomben abwerfen wollen. Eisenhower, selbst Militär, hatte ein derartiges Risiko, das Moskau hätte auf den Plan rufen können, nicht eingehen wollen. Auch jetzt

befürchteten Regierungskreise, so Radford, "eine massive Aufstockung" der amerikanischen Hilfe in Indochina könnte dort, ähnlich wie vorher in Korea, zum Eingreifen der Chinesen führen.

Die Operation "Geier"

Die Amerikaner waren aber nicht untätig geblieben. Noch vor Élys Eintreffen hatten C-119 begonnen, Napalm auf die Belagerer von Dien Bien Phu abzuwerfen. Jede Maschine transportierte etwa sechs Tonnen. Es waren Restbestände aus dem Korea-Krieg, die jetzt verbraucht wurden und sie kosteten die Franzosen natürlich gute Dollars. Der Gastgeber äußerte schließlich, dass er dafür wäre, den "großen Knüppel" anzuwenden, worunter die Atombombe zu verstehen war. Unter der Codebezeichnung "Vulture" liefen dazu auch bereits Planungen für eine Operation "Geier". Um sie zu beginnen, müsse die französische Regierung ein "offizielles Ersuchen" stellen. Zum Schluss der langen Unterredung teilte Radford seinem Gesprächspartner mit, dass ihn am nächsten Tag der Präsident empfängt.

Vor dem Gespräch mit Ély ruft Eisenhower Radford mit den drei Stabschefs zu sich. Der Generalstabschef der Landstreitkräfte, General Matthew Ridgway, spricht sich gegen ein stärkeres Engagement in Vietnam aus. Er war nach McArthur der letzte Oberkommandierende in Korea und meinte darauf anspielend, ein massiver Einsatz der US-Air Force und der Marine würde "keine entscheidende Wende mehr bringen". Dazu wäre ein massiver Einsatz von Infanterie nötig, für

den "gegenwärtig alle Voraussetzungen" fehlten. Operation "Vulture" wird nicht erörtert. Eisenhower ist zufrieden, dass sein ohnehin fest stehender Entschluss Zustimmung findet. Die Franzosen sollen sich in Indochina ruhig verschleißen. Vietnam würde dann zu einer leichten Beute der USA werden.

Eisenhower hütet sich, gegenüber Ély auch nur andeutungsweise anklingen zu lassen, dass die Franzosen sich mit ihrer Niederlage abfinden müssen. Das soll Foster Dulles (der Außenminister) ihnen beibringen. Er sichert zu, den Einsatz von B-26 mit US-Piloten über Dien Bien Phu zu verstärken, ebenso die Hilfslieferungen an Waffen und Nachschub zu erhöhen und zwar "bis zu der von unseren französischen Verbündeten gewünschten Grenze". Es könnte nicht schaden, wenn die Air Force-Piloten noch einige Erfahrungen sammeln, bevor dieser französische Krieg zu Ende geht, soll Eisenhower intern geäußert haben.

Zurück in Paris wurde Ély mit der Realität konfrontiert. Zwei weitere Stützpunkte waren gefallen. In den folgenden Tagen fielen weiter die Festungsanlagen von "Gabrielle" und "Anne Marie", es folgten "Huguette" mit dem Flugplatz sowie "Dominique" und "Eliane". Der Abwurf von Lastenfallschirmen klappte immer seltener, denn die Viet Minh-Flak beherrschte inzwischen den ganzen Talkessel. Giap stand nur noch 1.500 Meter vor den zentralen Befestigungen. Schneller als in Washington erwartet übermittelte Paris Eisenhower die Bitte, unverzüglich die Operation "Geier" auszulösen. Die Amerikaner

mussten nun Farbe bekennen und schoben dazu als Sündenbock Churchill vor. Außenminister Dulles teilte dem französischen Botschafter in Washington, Henri Bonnet, mit, dass für einen Atombombeneinsatz laut Vereinbarungen mit Großbritannien dessen Zustimmung erforderlich sei. Churchill aber lehne ab.

Der tiefere Hintergrund war, dass Washington das Risiko eines Atomwaffeneinsatzes nicht eingehen wollte. Als ihre eigene militärische Situation später Ende der 60er Jahre in Vietnam immer auswegsloser wurde, erwog das Pentagon durchaus, kleine Atomwaffen gegen Nordvietnam und auch gegen die FNL in Südvietnam einzusetzen. Lediglich die Gegenschlagkapazitäten der UdSSR sorgten dafür, dass das unterblieb.

Erbitterte Kämpfe um jeden Bunker

In Dien Bien Phu näherte sich das letzte blutige Kapitel des französischen Kolonialkriegs in Indochina seinem Ende. Schilderungen über die Kesselschlacht haben hin und wieder den Eindruck erweckt, die Festung sei Giap nach Monate langer Belagerung wie eine reife Frucht in den Schoß gefallen, es habe keiner großen Anstrengungen bedurft, sie schließlich einzunehmen. Das entspricht mitnichten der Realität. Vor den Befestigungsanlagen hatten die Angreifer drei bis fünf km Gelände zu überwinden. Giap wandte nun klassische Methoden genau des Stellungskrieges an, die aus dem Ersten Weltkrieg in Frankreich bekannt waren, von denen man nie gedacht hatte, die

Vietnamesen würden sie überhaupt kennen, geschweige denn nun beherrschen. In Laufgräben arbeiteten sie sich Meter um Meter an die Stützpunkte heran. Dabei lagen sie unter dem Feuer der Artillerie und der Infanteriewaffen des Gegners. Sie standen den Franzosen dann so dicht gegenüber, dass Scharfschützen beider Seiten bereit lagen und oft zum Schuss kamen.

näre algerischer und marokkanischer Herkunft, zur Kapitulation auf. Obwohl Gefangenen der Status der Genfer Konvention nicht zustand, da Frankreich die Viet Minh nicht als kriegführende Seite anerkannt hatte, wurde in den Aufrufen allen Angehörigen der Kolonialarmee zugesichert, dass sie als Gefangene gemäß der Konvention behandelt und nach der Aufnahme von Verhandlungen



Französische Fremdenlegionäre auf Patrouille zwischen Haiphong und Hanoi, 1954

Foto: PIX [Public domain]

Über Megaphone forderte die Viet Minh die Kolonialsoldaten, unter ihnen viele Fremdenlegio-

gen und der Vereinbarung eines Waffenstillstands in ihre Heimat entlassen werden. Doch nur 140 Kolonialsoldaten folgten während der Kämpfe bis Ende April den Aufrufen. Die französische Gräuelpromaganda, die Viet Minh mache keine Gefangenen, trug

Früchte. Die meisten Kolonialsoldaten setzten sich verbissen zur Wehr. Bei der Eroberung der einzelnen Stellungen kam es zu erbitterten, auch für die Volksarmee verlustreichen Nahkämpfen. Einzelne strategisch beherrschende Abschnitte wechselten mehrfach den Besitz. Innerhalb der Stützpunkte "Dominique" und "Eliane" fanden tagelange Kämpfe um die einzelnen Bunker und Gebäude statt. Die Volksarmee sammelte hier Erfahrungen, die den Befreiungskämpfern 14 Jahre später während der Tetoffensive bei den Straßenkämpfen in Hue und in weiteren Schlachten zu Gute kamen.

Die humane Haltung der Volksarmee

Dabei zeugte von der humanen Haltung der Volksarmee, dass Giap den Chef des Sanitätswesens, Prof. Ton That Tung, persönlich anwies, alle Vorkehrungen zu treffen, um die hohe Zahl der zu erwartenden verwundeten

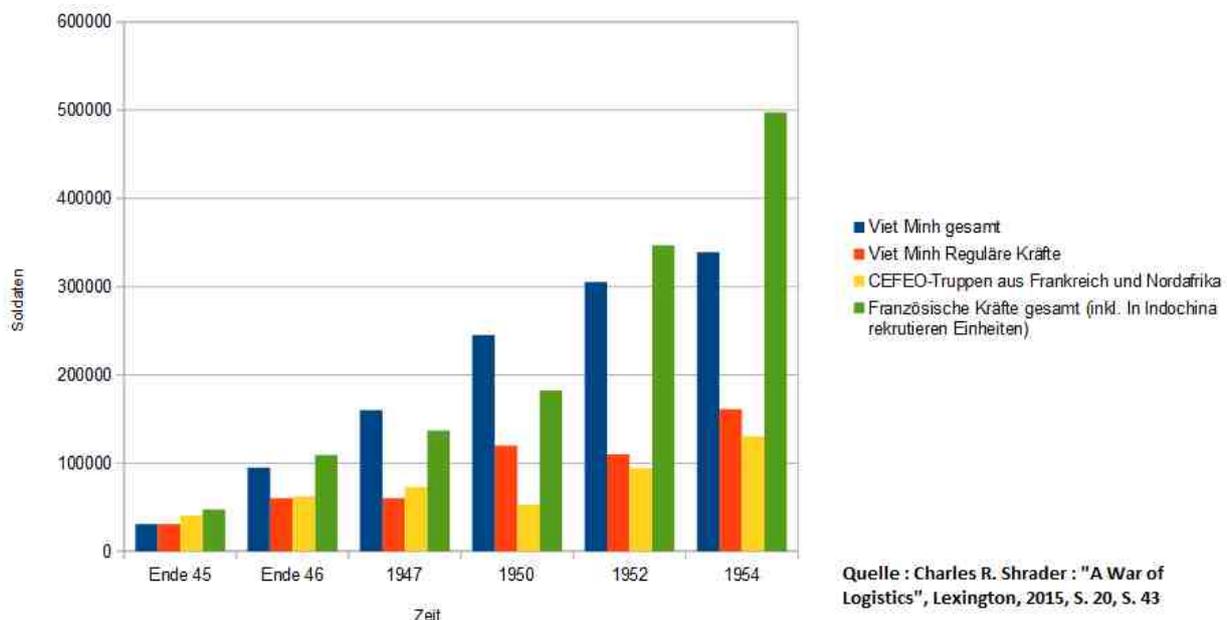
und kranken Franzosen in Gefangenschaft sofort zu behandeln. Über die in den eroberten Stützpunkten und Stellungen vorgefundenen toten Franzosen wurden Listen angefertigt: Name, Nationalität, Heimatanschrift, Dienstnummer auf den Blechmarken und der Ort, an dem sie begraben wurden. Auch diese Order erging von Giap persönlich. In ihr hieß es, es seien Menschen, die zu Hause Familien haben, Eltern, Frauen, Kinder, die ein Recht darauf hätten, später zu erfahren, wo ihr Söhne, ihre Männer, ihre Väter gestorben sind. Welche Menschlichkeit bewiesen die vietnamesischen Freiheitskämpfer den Soldaten der Kolonialisten, die ihr Volk unterjocht, blutig unterdrückt und grausam misshandelt hatten.

Seit Anfang April konnten keine Transportflugzeuge mehr in Dien Bien Phu landen. Viele der mit Nachschubcontainern anfliegenden Maschinen, meist amerikanische B 26, wurden abgeschossen

oder zum Abdrehen gezwungen. Insgesamt zerstörte die vietnamesische Flak in der Luft oder Artillerie auf den Pisten 62 Flugzeuge völlig und beschädigen 167. Zwischen den noch existierenden Stützpunkten bestanden keine zusammenhängenden Frontlinien mehr. Zum Kommandobunker de Castries trieben Pioniere der Volksarmee hangaufwärts unterirdische Gräben vor. Die im Frühjahr in tropischer Schwüle niedergehenden starken Regenfälle füllten die Gräben mit stinkendem Wasser. Die vietnamesischen Soldaten, in ihrer Mehrheit Bauern und gewohnt im Reisfeld zu waten, kamen damit zurecht, für die Franzosen machte es die Situation noch unerträglicher. In der

Graphische Darstellung der Kräfteverhältnisse zwischen den Viet Minh und den französischen/pro-französischen Truppen
Graphik: Nasiruddin [CC BY-SA 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>)]

Stärke der Viet Minh versus französische Kräfte in Indochina



Festung fehlte es an allem: die Artilleriegranaten gingen zur Neige, die verbliebenen Panzer waren ohne Treibstoff, die Verpflegung wurde knapp, es fehlten Verbandsmaterial, Morphium, Antibiotika. Oberstabsarzt Grauwinn ließ stündlich die Reihen der am Boden liegenden Schwerverwundeten nach Verstorbenen absuchen. Sein viel zu geringes Sanitätspersonal hatte der Kommandant durch die Prostituierten des Feldbordells verstärken lassen. Mit Lastfallschirmen abgeworfene Nachschubcontainer fielen meist in die Hände der Volksarmee. Dabei hatte Navarre seinem Festungskommandanten versprochen, täglich 150 Tonnen Nachschub einzufliegen oder per Fallschirm zu landen. Von den rund 10.000 Soldaten, welche die Besatzung noch zählte, waren nur noch knapp die Hälfte kampffähig, die anderen verwundet. Gerüchte sollten die Besatzung zum Ausharren anspornen. Von Laos aus rückte ein starkes Truppenkontingent an, um die Viet Minh in die Flucht zu schlagen. Andere Parolen sprachen vom Eingreifen der Amerikaner oder gar vom Einsatz von Atombomben.

Beförderung vor der Kapitulation

Auch das ist gern mit Stalingrad verglichen worden, wo Generaloberst Paulus vor der Kapitulation zum Generalfeldmarschall befördert wurde. Sicher auch hier nochmals ein hinkender Vergleich. Doch in Paris verfiel man, um den Mythos von der heldenhaft kämpfenden Besatzung in Dien Bien Phu hochzuhalten, auch auf die Idee, Oberst de Castries zum Brigadegeneral zu be-

fördern. Während der Kommandant am 15. April seine Ernennung per Funkspruch erhielt, wurden er und seine Besatzung in einem Tagesbefehl an die gesamte französische Armee als "leuchtende Beispiele" der Verteidigung der "Ehre Frankreichs" genannt. Mit einem Fallschirm wurden über dem Gefechtsstand die neuen Schulterstücke abgeworfen, aber auch dieser "Nachschub" fiel in die Hände der Vietnamesen. Bei der Beförderungsfeier wollte unter den Offizieren keine Stimmung aufkommen, was nicht nur daran lag, dass kein Cognac mehr vorhanden war.

Am 1. Mai nahm die VVA die letzten beiden Stützpunkte "Claudine" und "Junon" ein. Das weit südlich liegende Außenfort "Isabelle" war völlig isoliert worden und verhielt sich ruhig. Das französische Kommando in Hanoi regte nun einen Ausbruchversuch an. Doch de Castries und sein Stab wussten, dass das ein selbstmörderischer Unterfangen wäre. Der Belagerungsring, den die Volksarmee inzwischen um den Rest der Festung gezogen hatte, war nicht zu durchbrechen. Der Oberkommandierende Navarre hatte den Kommandanten wissen lassen: "Ein französischer Offizier ergibt sich diesen Kerlen nicht, er hört schlimmsten Falls auf zu kämpfen." Danach verfährt de Castries nun. Am 6. Mai befiehlt er, alle der Geheimhaltung unterliegenden Dokumen-

te zu verbrennen. Sein Stabschef lässt im Lazarett ein bettlaken großes weißes Tuch anfertigen. Am 7. Mai übermittelt er an die noch über Funk zu erreichenden Einheiten, die Waffen unbrauchbar zu machen und bei weiteren Angriffen keinen Widerstand mehr zu leisten. Das Wort Kapitulation fällt nicht, aber alle verstehen, was gemeint ist. Über den letzten Stellungen und vielen Erdlöchern im Zentrum erscheinen weiße Fähnchen. Am Nachmittag geht auf Widerstandsnester, aus denen noch geschossen wird, eine letzte Salve der vietnamesischen Artillerie nieder. Dann stürmen die Soldaten, ohne noch auf Widerstand zu stoßen, zum Bunker de Castries vor, auf dem bereits das große schneeweiße Bettlaken liegt. Der General hat sich, bevor er sich ergibt, gewaschen, rasiert und eine neue Uniform angelegt. Ein vietnamesischer Zugführer nimmt ihn mit seinen Offizieren gefangen. Auf dem Bunker wird die rote Fahne mit dem Gelben Stern aufgezogen.



*Nach dem Sieg weht die vietnamesische Fahne über dem französischen Befehlsbunker
Foto: Vietnam People's Army,
First publish in 1954.
[Public domain]*

Inzwischen hat sich bereits ein Offizier des Sanitätswesens der Volksarmee im Auftrag von Prof. Tung in das französische Lazarett begeben, wo sich Oberstabsarzt

na ein. Auf französischer Seite kostete sie noch einmal etwa 2.200 Tote, auf vietnamesischer Seite rund 8.000. Insgesamt fielen während des Kolonialkrieges

an diese historischen Stunden Ihres Volkes. Suchen Sie die Realität. Ein Volk, das für seine Unabhängigkeit kämpft, vollbringt legendäre Heldentaten."



Grauwin und sein Personal bereits zum Marsch in die Gefangenschaft vorbereiten. Er beauftragt ihn, seine Arbeit fortzusetzen und ordnet an, ihm, der über keinerlei Verbandszeug und Medikamente mehr verfügt, alles Erforderliche zu Verfügung zu stellen. In der Nacht scheitert ein Ausbruchversuch der Besatzung des letzten südlichen Stützpunktes "Isabelle", die danach widerstandslos in Gefangenschaft geht.

Valmy in Vietnam

Nach 55 Tagen war die Schlacht um Dien Bien Phu zu Ende. Die Niederlage läutete das Ende der französischen Kolonialherrschaft in Vietnam und in ganz Indochi-

na. schätzungsweise 92.000 französische Soldaten. Zusammen mit Verwundeten und Gefangenen waren es, die Verluste der Marionettenarmee mitgerechnet, 466.172 Mann. Auf vietnamesischer Seite kamen über 800.000 Menschen um, ein großer Teil Zivilisten, die Vergeltungsaktionen und Bombardements zum Opfer fielen. [5]

Nach den Ursachen des Sieges befragt, erklärte Giap gegenüber Le Monde: "Rufen Sie sich die Französische Revolution in das Gedächtnis zurück, erinnern Sie sich an Valmy und die schlecht bewaffneten Soldaten gegenüber der preußischen Berufsarmee. Trotzdem siegten Ihre Soldaten. Um uns zu verstehen, denken Sie

Die Schlacht von Valmy während der Französischen Revolution - Gemälde von Horace Vernet aus dem Jahr 1826

Abbildung: Horace Vernet
[Public domain]

Anmerkungen:

[1] H. Thürk: Dien Bien Phu. Die Schlacht, die einen Kolonialkrieg beendete. Berlin/DDR, 1988, S. 92.

[2] Aufstand der bürgerlichen Nationalistischen Partei Vietnams im Norden, der blutig niedergeschlagen wurde. Siehe Buch des Autors: Die nationale Befreiungsrevolution Vietnams. Pahl Rugenstein, Bonn 2007, S. 77 f.

[3] Thomas Edward Lawrence (1888-1935), britischer Offizier, Ar-

chäologe, Schriftsteller und Geheimdienstagent. Als Teilnehmer und Organisator an dem während des Ersten Weltkrieges von Großbritannien ausgelösten Aufstand arabischer Stämme gegen das Osmanische Reich Lawrence von Arabien genannt.

[4] Neil Sheehan (Hg.): Die Pentagon-Papiere. Die geheime Geschichte des Vietnamkrieges. München/Zürich, 1971.

[5] Renate Wünsche, Diethelm Weidemann: Vietnam, Laos, Kambodscha, Berlin/DDR, 1977, S. 90.

Quellen: Vo Nguyen Giap: Dien Bien Phu, Hanoi 1962, Harry Thürk: Dien Bien Phu. Die Schlacht, die einen Kolonialkrieg beendete. Berlin/DDR 1988.

Gerhard Feldbauer schrieb zu Vietnam mehrere Bücher, zuletzt 2013 Vietnamkrieg, PapyRossa Köln, 2. Auflage 2019.

*

Quelle:

© 2019 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

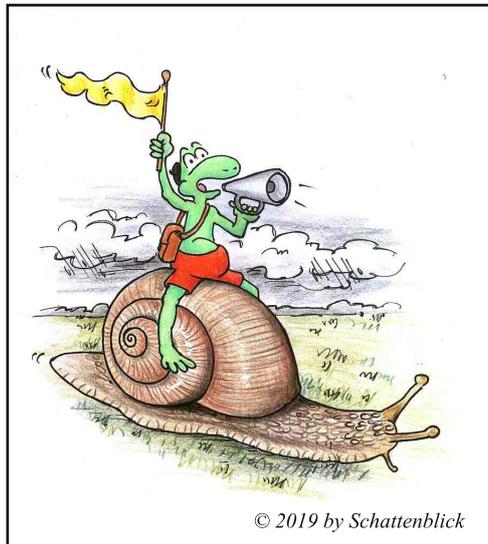
Inhalt Ausgabe 2913 / Mittwoch, den 8. Mai 2019

- 1 POLITIK - KOMMENTAR: CO2 - Begünstigung der Reichen ...
- 4 POLITIK - KOMMENTAR: Istanbul - Dauermanipulation ...
- 7 POLITIK - SOZIALES: Mexiko - Mord an Lesvy und Aidée. Demonstrantinnen fordern Gerechtigkeit (poonal)
- 8 EUROPOOL - REDAKTION: Brexit - das Ringen um Einfluß und Zukunft ...
- 10 SCHACH-SPHINX: Flucht ist irrational
- 11 GEISTESWISSENSCHAFTEN: Mai 1954 - Schlacht um Dien Bien Phu besiegelte Niederlage Frankreichs in Indochina (Gerhard Feldbauer)
- 24 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 08. Mai 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 8. Mai 2019

+++ Vorhersage für den 08.05.2019 bis zum 09.05.2019 +++



Wolkenfelder
regendicht,
Jean, den Melder,
stört das nicht.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.